

# Aus für Beratungsstelle für Flüchtlinge: „Das wird die Gesellschaft Geld kosten“



MARTIN MEUER (V. L.), FARIHA ERTEM, DR. CHRISTOPH HUMBURG UND ULRIKE KILP-ARANMOLATE WARNEN VOR DEN FOLGEN DER SCHLIESSUNG.

**DER FLUCHT-PUNKT  
AN DER KONRAD-ADENAUER-STRAÙE SCHLIEÙT.  
WOHLFAHRTSVERBÄNDE BEFÜRCHTEN NICHT  
NUR MEHRARBEIT  
FÜR ÜBERLASTETE BEHÖRDEN – AUCH  
AUF WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT SEHEN AWO, CARITAS  
UND DIAKONIE PROBLEME ZUKOMMEN.**

---

Von Björn Boch

Arbeiterwohlfahrt (Awo), Caritas und Diakonie schließen ihren Flucht-Punkt an der Konrad-Adenauer-StraÙe bis Ende August. Das teilten nun die Wohlfahrtsverbände mit. In der Einrichtung werden vor allem Flüchtlinge und Asylbewerber beraten. Das reicht von einer Erstorientierung bis zur Vermittlung von Sprachkursen, beruflichen Qualifikationen und Jobs.

Zentrale Anlaufstelle für  
Flüchtlinge geht verloren

Grund für die Schließung: Die Förderprogramme seien durch den Staat nicht ausreichend finanziert, für Raummiete sei quasi nichts vorgesehen. Die drei Wohlfahrtsverbände wollen die Angebote separat in eigenen, bereits vorhandenen Räumen weiterführen. In Mitte geht eine zentrale Anlaufstelle verloren.

Dr. Christoph Humburg ist überzeugt: „Dass wir das aufgeben müssen, wird die Gesellschaft Geld kosten“, sagt der Direktor des Caritasverbandes für Wuppertal und Solingen. Die politische Situation sei aktuell so, dass weitere Schließungen folgen würden.

Befristete Stellen sorgen  
für geringe Planbarkeit

Die generelle Unterfinanzierung sei nicht das einzige Problem, wie Martin Meuer vom Awo-Vorstand betont. Stellen seien oft befristet und würden nur sehr kurzfristig verlängert. „Überall gehen wir seit Jahren ins eigene Risiko. Das wird irgendwann so groß, dass wir es nicht mehr tun können.“

Da bald eine Basis in der Migrationsarbeit wegfallt, sei laut Christoph Humburg klar, was das für die Integrationsstadt Solingen bedeute: „Das ist Zündstoff. Erst die Wirtschaft und dann das Soziale ist eine Milchmädchenrechnung.“

Warum, erklärt Ulrike Kilp-Aranmolate, Geschäftsführerin der Diakonie. „Diese Dienste tragen dazu bei, dass sich Menschen integrieren und Fachkräfte in Solingen gewonnen und gehalten werden können.“ Dabei unterstützen die Wohlfahrtsverbände die Stadtverwaltung. „Wir haben Zugänge und Kenntnisse, die Behörden nicht haben – und Fachdienste, damit Behörden ihre Arbeit machen können. Unsere Arbeit spart Geld.“ Dabei gehe es neben Integration ebenso darum, Menschen zu beraten, die in Deutschland keine Bleibeperspektive hätten.

Die Wirtschaft werde die Veränderung ebenfalls spüren. Weil deren Bedarf und der Qualifizierungs- und Betreuungsbedarf der Menschen zusammengebracht wurden. „Es wird eine Entwicklung geben, die nicht hinnehmbar ist. Auch aus Sicht von Unternehmen“, sagt Ulrike Kilp-Aranmolate.

Die Leiterin des Flucht-Punkts, Fariha Ertem, ist sicher: „Die Stadt wird zu spüren bekommen, was wir hier alles abgefangen haben.“ Sie rechnet mit Mehrarbeit, etwa für die bereits überlastete Ausländerbehörde. An der Konrad-Adenauer-Straße gab es großzügige Öffnungszeiten und viele Angebote ohne Terminabsprache. Je nach Öffnungstag seien 100, auch mal 150 Gespräche geführt worden.

Viele Menschen, die heute Geschäfte an der Konrad-Adenauer-Straße betreiben, seien „ehemalige Kunden und Ratsuchende, die vor Jahren mal bei null angefangen haben“. Viele weitere hätten Anstellungen gefunden.

Schnelle Erfolge in der  
Integration sind selten

Schnelle Erfolge sind allerdings selten. Circa drei Jahre dauere es, in Härtefällen bis zu zehn. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass die Wartelisten für Sprach- und Integrationskurse teilweise extrem lang seien. Auch da sei Geld gestrichen worden.

Allein die Anerkennung von Ausbildungen und beruflichen Qualifikationen könne mehrere Jahre dauern. Die Wohlfahrtsverbände fordern hier weniger Bürokratie. Und sind überzeugt, dass schärfere Migrationsgesetze kurzfristig nichts ändern. Zu groß sei der Bedarf allein bei denen, die schon hier seien und wohl bleiben. Und mit Blick auf Syrien, die Ukraine und Palästina gebe es drei große Krisenherde, in denen die Entwicklung unabsehbar sei.

Fehlende Perspektive sorgt  
für „kürzere Zündschnur“

Die langen Zeiträume stehen Integration entgegen. „Unsere Dienste tragen dazu bei, dass Menschen eben nicht andere Wege suchen, etwa, sich zu radikalisieren oder kriminell zu werden“, betont Ulrike Kilp-Aranmolate.

Wenn Menschen ohne Perspektive drei Jahre lang in Sammelunterkünften leben müssten, sei das nicht in Ordnung. „Es wird immer Menschen geben, die an Perspektivlosigkeit leiden und deren Zündschnur dann eventuell kürzer wird.“

---